

Einleitung des Bürgermeisters zu TOP „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025“

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

heute möchten wir die Haushaltssatzung 2025 der Stadt Wegberg beraten und beschließen.

Wir, das sind nicht nur die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Finanzwirtschaft, sondern auch alle Fachbereichsleitungen und vor allem deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten hart auf den heutigen Tag hingearbeitet.

Wir haben zahllose Einzelgespräche geführt, gemeinsame Fachbereichsleiterrunden ins Leben gerufen, wir haben eine Intensität an den Tag gelegt, die absolut vorbildlich war und die uns als Verwaltung zusammengeschweißt hat.

Das vorliegende Werk ist ein Gemeinschaftsprojekt; es ist nicht nur Wegbergs Haushaltsplan für 2025, nein, es ist **„unser“** Haushalt, den wir in gemeinsamer Verantwortung gegenüber den Wegberger Bürgerinnen und Bürgern aufgestellt haben. Ich möchte daher einen großen DANK an jeden einzelnen Mitarbeitenden richten, der daran mitgewirkt hat. Von Herzen Danke.

Der knapp 700-seitige Haushalt soll weit mehr sein als eine bloße Zahlenkolonne – er ist Spiegel unserer Prioritäten, Vision für die Zukunft und gleichzeitig der Rahmen, in dem wir verantwortungsvoll für unsere Heimatstadt und für die Menschen in Wegberg handeln möchten.

Wir treten mit diesem Haushalt ein schwieriges Erbe an in einer äußerst herausfordernden Zeit: Die kommunalen Haushalte sind seit Jahren in der Krise und strukturell unterfinanziert. Steigende Kosten, wegbrechende Einnahmen, zusätzliche Aufgaben, die vom Bund oder vom Land ohne Gegenfinanzierung aufdiktiert werden, der höchste Kommunalisierungsgrad im Bundesländervergleich, ein über Jahrzehnte angewachsener Investitions- und Sanierungsstau, der zu Recht kritisiert wird. Längst ist jedem klar: Nicht alle Dinge,

die wünschenswert sind, werden wir in Zukunft mit einem Fingerschnipp finanzieren können.

Wegberg war bereits von 2015 bis 2021 im Haushaltssicherungskonzept. So vorbelastet, ist die Finanzsituation natürlich weiter angespannt. In 2025 sind beispielsweise die Schlüsselzuweisungen vom Land nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz eingebrochen und die Transferaufwendungen überproportional stark gestiegen. Trotz dieser Herausforderungen haben wir den Haushaltsausgleich bis 2028 unter Ausnutzung eines Verlustvortrages von 2027 nach 2028 darstellen können. Wir sind der Auffassung, dass dieser Haushalt genehmigungsfähig ist und kein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden muss. Und das, obwohl mir bei meinem Amtsantritt genau heute vor 11 Monaten von allen Finanzexperten prognostiziert wurde, dass ein HSK unausweichlich sei. Wenn Sie heute mit uns gehen - unser Kämmerer und sein Stellvertreter haben Sie in den letzten Wochen aufgesucht, haben präsentiert und alle Fragen beantwortet - dann haben wir alles in unserer Verantwortung Liegende getan. Dann liegt das „Heft des Handelns“ beim Kreis. Und hier habe ich bei vielen Terminen und Gesprächen bereits sehr positive Schwingungen wahrgenommen. Unser eingeschlagener Weg soll weiter gehen.

Bei der Grundsteuer B haben wir uns darauf beschränkt, die vom Land empfohlenen aufkommensneutralen Hebesätze zu übernehmen, während andere Städte ihren Bürgerinnen und Bürgern darüber hinaus weitere Erhöhungen zumuten mussten.

Im kreisweiten Vergleich konnten wir unsere Positionierung bei der Gewerbesteuer trotz moderater Anhebung des Gewerbesteuersatzes sogar verbessern. Andere Städte sind gezwungen, ihre Unternehmen aufgrund ihres Gewerbeertrages stärker zu belasten als dies in Wegberg der Fall ist. Gleichzeitig konnten wir die Gewerbetreibenden bei der Grundsteuer B so entlasten, wie es das Bundesmodell vorsieht.

Grundsätzlich sind für den Haushalt nur kostendeckende Gebühren vorgesehen. Gleichzeitig arbeiten wir weiter daran, den allgemeinen Trend der steigenden Kosten mit klugen Konzepten zu begegnen. Das leidige Thema Abwasser wird bereits von uns beleuchtet.

Bei den Personalaufwendungen haben wir uns auf die zu erwartenden Besoldungs- und Tarifsteigerungen vorbereitet. Ansonsten gibt es nur rechtlich verpflichtende Stellenzuwächse, die größtenteils refinanziert werden können. Bei den Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen wurden im Vergleich zur Planung 2024 so gut wie keine Steigerungen zugelassen.

Die Kreisumlagen sind dramatisch gestiegen. In 2025 fließen alleine 30 % unserer Aufwendungen nach Heinsberg zur Finanzierung wichtiger Aufgaben, z.B. der Jugendhilfe.

Der Schwerpunkt unserer Investitionsplanung liegt in der Erneuerung der Infrastruktur. Wir haben bereits 8 Wirtschaftswege und Straßen grundhaft saniert, weitere Straßen werden folgen, u.a. die Barbarastraße in Uevekoven und die Bahnhofstraße im Zentrum. Gleichzeitig können wir für diese Maßnahmen hohe Fördermittel generieren, so dass die Belastung für den Haushalt moderat bleibt.

Mit der Fokussierung auf das Infrastrukturvermögen sorgen wir auch dafür, dass der gemeinsame Antrag des Rates zur Abarbeitung des Investitions- und Sanierungsstaus angegangen werden kann.

Hohe Investitionen werden wir auch im Bereich Bildung vornehmen. Für den Rechtsanspruch auf die Offene Ganztagsbetreuung fordern wir aber auch, dass Bund und Land ihrer Finanzierungsverantwortung gerecht werden. Tun Sie dies nicht, müssen wir kreative Lösungen finden. Aber auch das schaffen wir.

Alle nordrhein-westfälischen Kommunen sind strukturell unterfinanziert: Wir brauchen eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz, damit wir höhere Anteile aus den Gemeinschaftssteuern vom Land erhalten. Schließlich müssen die meisten Aufgaben aufgrund des hohen Kommunalisierungsgrades auf örtlicher Ebene erledigt werden.

Der kommunale Finanzausgleich muss dringend reformiert werden, sonst werden viele Kommunen zwangsläufig gegen die Wand fahren. In diesem Punkt sind wir uns unter den Bürgermeistern des Kreises und der Nachbarkommunen einig. Anfang Februar habe ich diesbezüglich ein Vier-Augen-Gespräch mit Dr. Marcus Optendrenk, Minister für Finanzen in NRW.

Bis 2028 werden wir Baugebiete erschließen und zahlreiche Baugrundstücke auf dem Markt anbieten können:

- Maaseiker Dreieck
- Auf dem Kamp
- Hessenfeld
- Wohnen an der Schwalm
- Helpensteinstraße.

Das fördert nicht nur unsere Finanzen, sondern gibt auch jungen Familien die Möglichkeit, die hohe Qualität unserer frühkindlichen Bildung und unseres Bildungscampus in Anspruch zu nehmen.

Auch der Gewerbestandort wird weiter gestärkt. Mit dem Gewerbegebiet Rath-Anhoven gehen wir zeitnah in die Vermarktung. Mit dem Regierungspräsidenten Dr. Wilk sind wir im Austausch zur Ausweisung weiterer Gewerbeflächen.

Wichtiger Bestandteil wird eine professionell aufgestellte Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft sein. Wir befinden uns bereits in vielversprechenden Vorgesprächen.

In einer Zeit der Dauerkrisen sehnen sich die Menschen danach, dass Herausforderungen entschlossen angegangen werden. Es braucht Zuversicht, Lebensfreude sowie Kontinuität und die Konzentration auf das, was wirklich wichtig ist.

Mein zum Großteil neu aufgestellter Verwaltungsvorstand, meine erfahrenen Fachbereichsleiterinnen und -leiter, unsere strategisch ausgewählten neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das gesamte Verwaltungsteam möchten diesen Weg geschlossen gehen, ambitioniert und in einem wertschätzenden Miteinander. Der Haushalt 2025 ist unser Startschuss.

Sehr geehrte Ratsmitglieder, gehen auch Sie diesen Weg mit.
Bieten wir Heimat, Verlässlichkeit, Gemeinschaft und
Zusammenhalt.

In diesem Sinne: Vielen Dank und packen wir's an !

Bürgermeister Christian Pape
Fraktionen im Rat der Stadt Wegberg
Verwaltung der Stadt Wegberg
Presse

Haushaltsrede 2025 der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pape,
sehr geehrter Herr Kämmerer Wilkens-Mathar,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der CDU-Fraktion begrüße ich Sie herzlich zur heutigen Ratssitzung, in der wir über den Haushaltsplan für das Jahr 2025 abstimmen. Ein herzliches Dankeschön geht an Herrn Kämmerer Wilkens-Mathar und seine Mannschaft, die diese Haushaltssatzung schnellstmöglich auf den Weg gebracht haben.

Danke möchte ich auch Frau Sonja Kühlen sagen, die in den letzten - teilweise ebenfalls sehr schwierigen Jahren - mit großem Einsatz und Engagement diese Aufgabe ausgefüllt hat. Für Ihre Zukunft mit neuer Aufgabe wünschen wir ihr viel Erfolg und viel Freude.

Die vor uns liegenden Zahlen und Maßnahmen sind nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance, unseren Weg als Stadt Wegberg zukunftsorientiert fortzusetzen. Uns allen ist bewusst, dass das vorliegende Zahlenwerk keinesfalls eine zutreffende Planung darstellt, sondern vielmehr die Grundlage bildet, die wichtigsten städtischen Aufgaben zu erfüllen. Hinsichtlich der Haushaltsplanung 2026 müssen deutliche Verbesserungen und Konkretisierungen folgen. Die Forderung nach einer belastbaren Haushaltsplanung wird seitens unserer Fraktion seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen und leider mit Blick auf die Differenzen zwischen Planung und Ergebnis nachweislich nicht umgesetzt. Die Vorlage der diesjährigen Haushaltsplanung mit einer deutlichen Reduzierung der geplanten Investitionen auf unter 20 Mio EUR hat uns große Hoffnung gemacht. Die dann in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegte Liste der Ermächtigungsübertragungen mit fast gleichem Volumen, haben bei uns großes Unverständnis und Kopfschütteln ausgelöst. Uns ist durchaus bewusst, dass eine zutreffende Haushaltsplanung ein großes Umdenken aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfordert. Unsere Fraktion richtet mit der heutigen Rede nochmals die klare Forderung an die Verwaltung, diesen Prozess nun endlich konsequent anzustoßen und sicherzustellen, dass wir mit dem nächsten Haushalt eine bessere und konkrete Planung erhalten. Wir setzen hier große Hoffnung in den neu zusammengestellten Verwaltungsvorstand. Es ist Aufgabe des Bürgermeisters und seiner direkten Führungsmannschaft ein Verständnis für eine zielgerichtete Haushaltsplanung zu schaffen und wenn dies nicht final gelingt - auch einzufordern. Wir werben dafür, eine Obergrenze für Investitionen aus Ermächtigungsübertragungen und Neuinvestitionen zu verhandeln und verbindlich festzulegen. Die Gespräche der letzten Wochen machen uns zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit der Verwaltung gute und verbindliche Vereinbarungen erarbeiten können. Es gilt aber für 2026 nun konkret zu liefern.

1. Finanzielle Lage der Stadt Wegberg

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist ein Defizit von 9,1 Mio. Euro aus, trotz eines globalen Minderaufwands von 1,76 Mio. Euro. Dies ist ein deutliches Signal für die weiterhin extrem angespannte finanzielle Lage unserer Stadt. Die steigenden Transferaufwendungen, insbesondere die Kreis- und Jugendamtsumlage, belasten unseren Haushalt massiv. In der mittelfristigen Finanzplanung des Kreises lässt sich keine Besserung, sondern eine deutliche Mehrbelastung erkennen. Auch Bund und Land sind hier in der Pflicht durch eine konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips, kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen, den Kreisen und Städten eine auskömmliche Finanzsituation zu verschaffen, um eine Eigenverwaltung auch langfristig sicherzustellen. 40% der NRW-Kommunen rechnen damit, dass sie in den nächsten Jahren ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Dies zeigt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die Erwartungen an eine hoffentlich neue und gut aufgestellte Bundesregierung sind hier unsererseits sehr groß.

Wir sehen es als CDU-Fraktion als unsere Aufgabe, trotz dieser schwierigen Bedingungen, Wege zu finden, die Stadtfinanzen zu stabilisieren, ohne dabei die Lebensqualität und Entwicklung unserer Stadt zu gefährden.

Gleichzeitig ist es wichtig, durch große strukturelle Veränderungen und mit Blick auf jeden einzelnen Prozess, das Beste für Wegberg zu erreichen. Mit dem mit den Freien Wählern angestoßenen Antrag zur Verbesserung der Abwassergebührensituation haben wir ein erstes umfangreiches Projekt angestoßen, das hoffentlich endlich für eine mittelfristige Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger sorgt. Es kann nicht sein, dass wir bei den Abgaben, trotz Einsparungen und ohne uns „goldene Wasserhähne“ zu leisten, bei Grundsteuern und Gebührenumlagen immer weitere Spitzenpositionen im Kreis- oder sogar Landesschnitt erklimmen.

2. Positive Entwicklungen und Potenziale

Trotz der finanziellen Herausforderungen gibt es auch positive Signale, die Mut machen:

- **Gewerbesteuererträge:** Die Gewerbesteuer entwickelt sich in den letzten Jahren erfreulich. Mit neuen Gewerbeansiedlungen, insbesondere im Wegberg-Oval und im Gewerbegebiet Rath-Anhoven, können wir weitere leichte Steigerungen erwarten. Gleichzeitig ist die geplante Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 455 Prozentpunkte notwendig, um diese Erträge nachhaltig abzusichern und langfristig eine weitere Belastungen der Privatpersonen durch weitere Anhebungen der Grundsteuer zu verhindern. Aufgrund der Einsparungen bei Gewerbeimmobilien bei der Grundsteuer B, führt diese erste Anpassung der Gewerbesteuer seit über 10 Jahren bei stabilen Unternehmensergebnissen zu keiner oder nur einer geringen Mehrbelastung der Unternehmerinnen und Unternehmer.
- **Einkommensteueranteil:** Die steigenden Pro-Kopf-Einkommen der letzten Jahre in unserer Region stärken die Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer, was die wirtschaftliche Resilienz unserer Bürgerinnen und Bürger unterstreicht. Wegberg hat gute Köpfe und fleißige Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen es schaffen, die Attraktivität weiter zu steigern, um diese Menschen für ein noch besseres Miteinander in Wegberg zu begeistern.
- **Investitionen in Wohnbauprojekte:** Mit Neubaugebieten wie Dalheim, Arsbeck, Uevekoven und in Wegberg schaffen wir Raum für Wachstum und stärken Wegberg als attraktive Wohnstadt. Es gilt durch eine gut aufgestellte SEWG mit einer erfolgsorientierten Unternehmensstruktur, die besten Rahmenbedingungen für einen schnellen Verkauf der Grundstücke zu schaffen.

3. Herausforderungen und Handlungsbedarf

a) Transferaufwendungen und Kreisumlage

Mit 32,2 Mio. Euro stellen Transferaufwendungen den größten Posten unseres Haushalts dar. Die drastische Erhöhung der Jugendamtsumlage um 2,5 Mio. Euro sowie der allgemeinen Kreisumlage um fast 900.000 Euro sind eine erhebliche Belastung. Wir fordern hier eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Kreis Heinsberg und benachbarten Kommunen, um Lösungen zu finden, die die kommunalen Haushalte entlasten. Auch der Kreis Heinsberg leidet unter stark steigenden Transferaufwendungen des Landschaftsverbandes und hat nur bedingt Eingriffsmöglichkeiten. Es gilt aus unserer Sicht auch darum über den Tellerrand hinauszuschauen und Synergieeffekte mit den Nachbarkommunen zu schaffen und Ideen für gemeinsame Konsolidierungsvorschläge zu entwickeln. Das kann mit Geräten der Bauhöfe anfangen und sukzessive durch kreative Ansätze in anderen Bereichen erweitert werden.

b) Infrastruktur und Instandhaltung

Die CDU-Fraktion setzt sich für eine nachhaltige Instandhaltung der städtischen Infrastruktur ein. Zwar werden Mittel für die Kanalinstandhaltung (1,3 Mio. Euro) und Straßen (650.000 Euro) bereitgestellt, doch reichen diese Beträge angesichts des Investitionsstaus nicht aus. Wir müssen Prioritäten setzen und uns darauf konzentrieren, den Sanierungsstau bei Straßen und öffentlichen Gebäuden sukzessive abzubauen. Politisch haben wir mit dem dazugehörigen Antrag aller Fraktionen bereits in 2023 die Weichen gestellt und Budgetregelungen sowie Personalkapazitäten geschaffen. Sollte es kurzfristig nicht möglich sein, die bereits mit dem Haushalt 2024 geschaffenen Stellen zur Abarbeitung des Instandhaltungsrückstaus zu besetzen, erwarten wir die Einbindung und Vergabe an externe Planer.

c) Sozial- und Bildungspolitik

Mit steigenden Ausgaben in den Bereichen Wohngeld und sozialpädagogische Unterstützung stellen wir uns den sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Die CDU-Fraktion unterstützt die Schaffung weiterer Stellen in den Bereichen Wohngeld und zur Betreuung unserer Kinder, da diese auch aufgrund der von Land und Bund geschaffenen Rahmenbedingungen unumgänglich sind. Wir müssen sicherstellen, dass keine Bürgerin und kein Bürger und vor allem keine Kinder zurückgelassen werden.

Weiterhin sind die Investitionen in unsere Schulen ein großes Thema der nächsten Jahre. Mit Blick auf die begrenzten finanziellen Mittel, ist es wichtig, mit Augenmaß zu Planen und jede Investitionsentscheidung unter Einbeziehung der Schulen kritisch zu hinterfragen.

Das beginnt bei kostenintensiven Containerbauten an der Realschule und endet mit nachhaltig multifunktionalen und vor allem bedarfsgerechten Räumlichkeiten bei den OGS Erweiterungen.

4. Zukunftsorientierte Maßnahmen

a) Digitalisierung und Effizienzsteigerung

Die Digitalisierung der Verwaltung und eine verstärkte Nutzung moderner Technologien bieten uns große Chancen zur Effizienzsteigerung. Investitionen in die IT-Infrastruktur und digitale Prozesse sind daher dringend notwendig, um langfristig Kosten zu senken. Durch die Digitalisierung und prozessuale Verbesserungen müssen aber auch gleichzeitig die Stellenzuschnitte überprüft und es müssen auch hier Einsparungen durch Umstrukturierung geschaffen werden. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssen wir sicherstellen, dass jeder Prozess neu gedacht wird und wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort einsetzen, wo wir den dringendsten Bedarf haben.

b) Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Der Klimaschutz bleibt ein zentraler Baustein für die Zukunft Wegbergs. Mit Maßnahmen wie der Sanierung öffentlicher Gebäude, der Förderung erneuerbarer Energien und der Erschließung nachhaltiger Gewerbegebiete tragen wir aktiv zu einer lebenswerten Stadt bei. Auch hier haben wir für 2025 innovative Projekte in Planung, die zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes beitragen und zu einer Verbesserung der Klimabilanz führen werden. Denn Klimaschutz kann auch wirtschaftlich sein. Mit dem neuen Klimaschutzmanager sind wir sicher, dass die Stadt Wegberg sich auf einem guten Weg befindet und wir lange angedachte und immer noch ausstehende Projekte nun schnellstmöglich vorantreiben werden. Die Zeit der Bedenken muss vorbei sein. Handeln statt Zerdenken und Zerreden muss die Prämisse werden.

c) Wirtschaftsförderung

Die CDU-Fraktion setzt auf eine konsequente Wirtschaftsförderung. Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen muss auch der Bestand gestärkt und der Kontakt endlich wieder intensiviert werden. Hier sind die ersten Schritte unseres Bürgermeisters vorbildlich. Dazu gehört die Unterstützung lokaler Betriebe und die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen. Diese Aufgaben kann der Bürgermeister alleine nicht leisten. Das Thema Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung durch einen lebendige und gut aufgestellte SEWG ist ein großes und sehr wichtiges Thema für das erste Halbjahr 2025. Wir müssen hier endlich zukunftsfähige Strukturen schaffen.

5. Appell an die Verantwortung aller Fraktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushalt ist nicht perfekt – er ist nur ein Kompromiss. Aber er bietet uns die Grundlage, um die Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern. Gleichzeitig ermöglichen wir es Bürgermeister Pape und seiner neu aufgestellten Führungsmannschaft, für 2026 die lang ersehnten Verbesserungen anzustoßen und endlich eine zutreffende Planung aufzustellen. Wir als CDU-Fraktion werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Balance zwischen Konsolidierung und Investitionen gewahrt bleibt. Es gilt Erträge zu steigern und Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und somit dauerhaft eine Haushaltsautonomie - ohne Aufstellung eines „Bürokratiemonsters Haushaltssicherungskonzept“ - sicherzustellen.

Wir laden alle Fraktionen, ein wie in den letzten Monaten, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um die Zukunft unserer Stadt zu sichern. Lassen Sie uns kluge Entscheidungen treffen, die den Bürgerinnen und Bürgern von Wegberg zugutekommen und gleichzeitig die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt wahren.

Dieser Haushalt ist wie aus dieser Haushaltsrede zu entnehmen, mit Sicherheit nicht perfekt. Wir sehen aber in den angestoßenen Prozessen und bei den handelnden Personen, dass die Probleme erkannt wurden und die Bereitschaft besteht, diese abzustellen. Wir werden daher dem vorgelegten Haushaltsentwurf in diesem Jahr zustimmen. Verbinden das aber mit der klaren Aufforderung, die angestoßenen Änderungsprozesse bis zur Vorlage des Haushaltes 2026 auch umzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Lassen Sie uns gemeinsam an einer guten Zukunft unserer Mühlenstadt arbeiten!



Rede zum Haushalt 2025

Wegberg, den 21. Januar 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir blicken nun fast auf ein Jahr Amtszeit des neuen Bürgermeisters Christian Pape zurück. In diesem Jahr hat sich viel in der Mühlenstadt getan. Wir spüren eine deutliche Aufbruchstimmung in der Bevölkerung, angeschoben durch einen unermüdlichen Bürgermeister, der es versteht, auch Unternehmen und Institutionen davon zu überzeugen, sich für Wegberg zu engagieren. Neben seiner Popularität in der Bevölkerung hat er auch dafür gesorgt, dass in der Verwaltung ein neues Miteinander und Verständnis als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger entstanden ist und auch gelebt wird. Die SPD Wegberg fühlt sich daher nachhaltig darin bestätigt, mit dem unparteiischen Christian Pape den richtigen Bürgermeisterkandidaten unterstützt zu haben und wird ihn auch weiter in seinen Vorhaben unterstützen.

Im letzten Jahr sind mit der neuen Feuerwache und dem Mühlenweiher, der in diesem Frühjahr noch offiziell eröffnet wird, zwei Investitionen fertiggestellt worden, die in der Bevölkerung viel positiven Anklang finden. Erinnern wir uns nur an die proppenvolle Eröffnung der neuen Feuerwache im Mai des letzten Jahres. Beide Projekte haben wir als SPD-Fraktion, gemeinsam mit unserem damaligen SPD-Bürgermeister Michael Stock, konsequent unterstützt, wie sie durch mehrheitliche Beschlüsse im Rat der Stadt verabschiedet wurden. Und genau hier setzt meine Kritik an einige politischen Mitstreiter hier im Rat an. Die Akzeptanz für die beiden Maßnahmen wäre noch höher, wenn alle Fraktionen zu Ihren eigenen Beschlüssen, trotz politischem und öffentlichem Widerstand, gestanden hätten. Wir hätten nicht nur viel Zeit, Ärger und vor allem Geld gespart, sondern auch für mehr Glaubwürdigkeit der Politik gesorgt.

Gerade in Zeiten, in denen wir nicht ausschließen können, dass die AfD auch in Wegberg politisch aktiv wird, müssen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch glaubhafte und transparente Politik zurückgewinnen. Wegberg hat in vielen Bereichen im Vergleich zu anderen Kommunen, selbst wenn der Vergleich nicht immer einfach ist, hohe Gebühren und Steuern. Das ist leider so und nicht zufriedenstellend, aber auch teilweise unvermeidbar. Es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, den Menschen in Wegberg glaubhaft zu erklären, wieso einige Gebühren so hoch sind. Daher unterstützen wir auch den gemeinsamen Antrag der CDU und den Freien

Wählern Wegberg die Kosten des Abwassergebührenhaushaltes auf den Prüfstand zu stellen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder das Gefühl haben, Rat und Verwaltung jederzeit vertrauen zu können. Daran werden wir als SPD Wegberg mit allen Parteien und Wählergemeinschaften hier im Rat der Stadt Wegberg gemeinsam arbeiten.

Kommen wir zum Haushaltsentwurf 2025.

Der Haushaltsentwurf 2025 trägt bereits die klare Handschrift des neuen Kämmerers. Der Vorbericht zum Haushaltsentwurf kommt ohne Polemik aus und führt sachlich die einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen sowie die Kennzahlen für die Stadt Wegberg auf. Anhand der Vergleichskennzahlen und den Erläuterungen wird deutlich, wo die Chancen und Risiken in den kurz- bis mittelfristigen Planungen liegen.

Zudem ist es erstmalig gelungen, die konsumtiven und investiven Ausgaben in allen Fachbereichen deutlich zu reduzieren und so die Planansätze für 2025 realistischen Werten anzunähern. Auch hier zeigt sich das neue Miteinander in der Verwaltung. Dank der Moderation des Bürgermeisters konnten deutliche und sicherlich auch schmerzhaft Kürzungen in den vielfältigen Budgets vereinbart werden. Hier gilt unser ausdrücklicher Dank dem Verwaltungsvorstand, allen Fachbereichsleitungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an den Haushaltsplanungen beteiligt waren.

Ein Focus wurde auf die Auflösung des Instandhaltungsrückstaus der Verkehrsinfrastruktur sowie des Abwasserbereichs gelegt. Aufgrund finanzieller und personeller Ressourcen wird dies allerdings eher ein Marathon werden und die Haushaltsplanungen der nächsten Jahre maßgeblich beeinflussen. Das bedeutet, wir werden wenig Spielraum haben, über die notwendigen Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge hinaus weitere Projekte zu initiieren.

Umso mehr begrüßen wir das Engagement von Unternehmen und Bürgerschaft, die mit ihren Initiativen eine Bereicherung für die Stadt sind und die Kommune zusätzlich finanziell entlasten. Exemplarisch sind hier die Patenschaften von Unternehmern für die Pflege der Kreisverkehre im Wegberg Oval, die Gründung des Repair Cafés in Tüschbroich oder die Initiative der Spielplatzbande e.V., die sich für die Umgestaltung des zentralen Spielplatzes im Stadtpark zu einem integrativen Spielplatz einsetzen, zu nennen.

Ein weiterer Schwerpunkt der nächsten Jahre wird der Ausbau der OGS-Angebote in den Grundschulen sein und zusätzlich den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt Wegberg einschränken. Diese finanzielle Misere drückt sich nicht nur im defizitären Haushaltsentwurf 2025, sondern auch in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Haushalte bis 2027 können jeweils nur über den Griff in die Rücklagen und im Jahr 2028 sogar nur durch einen Verlustvortrag rechtlich ausgeglichen werden.

Und da komme ich automatisch wie schon im letzten Jahr und auch in einigen Diskussionen der letzten Zeit zu einem für mich sehr wichtigen Thema, nämlich zum Konnexitätsprinzip. Zuletzt hat auch der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes gefordert, dass Land und Bund für die Durchfinanzierung von Rechtsansprüchen und Sozialleistungen, die von den Kommunen umgesetzt werden, zu sorgen hat. Ich finde, da müssen wir Kommunen endlich mehr Druck auf Land und Bund ausüben, denn so kann es einfach nicht weitergehen. Sicherlich haben wir in Wegberg auch strukturelle Probleme und könnten an der einen oder anderen Stelle

Kosten reduzieren, aber es darf nicht sein, dass wir durch die fehlende Durchfinanzierung von Land und Bund gezwungen werden, im Bereich der freiwilligen Leistungen einzusparen. Das machen wir als SPD Wegberg nicht mit. Denn die Streichung der freiwilligen Leistungen gehen häufig zulasten der Lebensqualität und der sozialen Infrastruktur. Das betrifft gerade vulnerable Gruppen, wie Kinder, Jugendliche, sozial Schwächere sowie die Vereine und hat Einflüsse auf kulturelle und Freizeitangebote. Und da schließt sich auch der Kreis zum „Vertrauen in die Politik“, denn die Bürgerinnen und Bürger erhalten so den Eindruck, dass notwendige Angebote nicht ausreichend priorisiert wurden. Da ist es gut, dass wir als SPD mit Bürgermeister Christian Pape einig sind, wie wichtig die vielen sozialen Angebote, die Vereine sowie kulturellen Veranstaltungen für das Zusammenleben einer funktionierenden Gesellschaft, gerade in unseren vielen Ortschaften, sind.

Weitere Kostentreiber sind die Jugendamts- und Kreisumlage, die 2025 erneut deutlich angehoben wurden und mittlerweile rund 34% der ordentlichen Ausgaben der Stadt Wegberg ausmachen. Insgesamt steigen Kreis- und Jugendamtsumlage um 3,8 Mio €, das sind insgesamt 14,66% mehr als im Vorjahr und ein deutlich höherer prozentualer Anstieg als bei unseren Nachbarkommunen.

Nicht nur bei der Bemessung der Kreisumlagen, sondern auch bei den Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) sind wir Opfer unserer guten Steuerkraft. Aufgrund der konstant hohen Steuereinnahmen erhalten wir im Vergleich zu den steuerschwächeren Kommunen Wassenberg und Hückelhoven erheblich weniger Schlüsselzuweisungen. Allein in diesem Jahr erhalten wir erneut 1,8 Mio € weniger Zuweisungen, das ist ein Minus von 24,05% gegenüber dem Vorjahr. Wenn man die Steigerung der Kreisumlage und die Reduzierung der Schlüsselzuweisungen zusammenfasst, fehlen uns im Vergleich zum Vorjahr rund 5,6 Millionen im Finanzhaushalt. Dieser Fakt wird gerne vergessen, wenn man die Stadt Wegberg mit den Städten Hückelhoven oder Wassenberg vergleicht.

Wenngleich die Konzentration in den nächsten Jahren auf dem Abbau des Instandhaltungsrückstaus im Abwasserbereich und der Verkehrsinfrastruktur liegen muss, dürfen wir Investitionen in Zukunftsthemen nicht unterlassen. Hier sind beispielhaft die massiven Investitionen in die Schulinfrastruktur der letzten Jahre zu nennen, die sich aktuell bei der Haupt- und Realschule mit steigenden Schülerzahlen positiv bemerkbar machen.

Der nachfolgenden Generation eine intakte Infrastruktur zur Verfügung stellen, sollte selbstverständlich sein, aber zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass wir heute schon Verantwortung von Seiten der Politik übernehmen und zukunftsweisende Investitionen vornehmen.

Ganz oben auf der Agenda müssen hier Investitionen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sein. Wir sind der Meinung, dass hier noch deutlich mehr getan werden muss, als in den letzten Jahren umgesetzt wurde. Wir setzen daher sehr viel Vertrauen in Herrn Krapoll als neuen Klimaschutzmanager, dass er zusammen mit dem Nachhaltigkeitsmanager Herrn Nobis die Klimaschutzbelange der Stadt Wegberg in den Vordergrund stellt und notwendige Maßnahmen zusammen mit dem Rat einleitet.

Ein weiterer Punkt ist die zügige Digitalisierung der Verwaltung und die Umsetzung des OnlineZugangsGesetzes für den barrierefreien Zugang der Bevölkerung zu Verwaltungsvorgängen. Zudem können in Zeiten von Facharbeitermangel die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung durch digitalisierte Prozesse entlastet werden.

Eine Herzensangelegenheit der SPD Wegberg ist und bleibt der öffentlich geförderte Wohnungsbau. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist nicht nur ein Zukunftsthema, sondern leider heute schon bittere Realität in Wegberg. Daher ist es traurig, dass der Kreis Heinsberg, angeführt durch Landrat Stephan Pusch, hier keinen Bedarf sieht. Seit Jahren verweigert dieser die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft für den Kreis, obwohl alle Wohnraumstudien für den Kreis und seiner angeschlossenen Kommunen einen wachsenden Mangel an Wohnungen prognostizieren. Wenn der Kreis sich nicht verantwortlich fühlt oder nicht in der Lage sein sollte, eine Wohnungsbaugesellschaft auf Kreisebene zu gründen, sollten wir das Thema selbst in die Hand nehmen. Daher geht meine Bitte an unsere technische Beigeordnete Frau Neudeck, gemeinsam mit dem Rat alle Optionen zu prüfen, entweder interkommunal oder eventuell mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Wegberg, dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken.

Um den Spagat hinzubekommen, trotz knapper finanzieller und personeller Ressourcen wichtige Zukunftsinvestitionen und den Abbau des Instandhaltungsrückstau zu realisieren, benötigen wir für Rat und Verwaltung klare Leitlinien und Prioritäten. Daher werbe ich nochmals für unseren Antrag zur Evaluierung des Leitbildes 2025, damit wir zeitnah eine Priorisierung der Investitionen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Tourismus für die nächsten Jahr vornehmen können.

Unser Dank geht an den Kämmerer, Herrn Wilkens-Mathar, sowie dem stellvertretenden Fachbereichsleiter Finanzen, Herrn Martin Giesche, für die Erstellung des Haushaltsentwurfs 2025. Weiterhin bedanken wir uns beim Verwaltungsvorstand und Bürgermeister Christian Pape sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2024.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg stimmt dem Haushaltplan 2025 zu.



Mark Bonitz

Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am 21.01.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,

der Haushaltsplan sieht für 2025 ordentliche Erträge in Höhe von 77.851.852 € und ordentliche Aufwendungen von 87.878.809 € vor. Nach Abzug eines globalen Minderaufwands von 1.757.576 € ergeben sich bereinigte Aufwendungen von 86.121.233 €. Dies führt zu einem geplanten Jahresfehlbetrag von 8.269.381 €.

Ein wesentlicher Kostenfaktor im Haushalt 2025 sind die Zahlungen an den Kreis Heinsberg, die allein rund 29 Millionen Euro betragen. Trotz der finanziellen Herausforderungen plant Wegberg, schrittweise aus dem Haushaltsminus herauszukommen. Wir unterstützen diese langfristige Konsolidierung, sehen darin aber eine große Herausforderung. Wie für andere Städte und Gemeinden im Land wäre hier eine Förderung des Landes sehr hilfreich. Die gestiegenen Kosten können die Kommunen nicht alleine tragen.

Dieser eng gestrickte Haushalt und die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft bieten mehr Herausforderungen als Chancen für die Stadt Wegberg und ihre Zukunft. Als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen möchten wir an dieser Stelle unsere Perspektive und die Prioritäten unserer politischen Arbeit für die kommende Haushaltsperiode deutlich machen. Unser Fokus liegt dabei auf drei wesentlichen Themen: Nachhaltigkeit, Tourismus und Naturschutz – mit dem klaren Ziel, Wegberg als lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zu gestalten.

Nachhaltigkeit als Leitprinzip

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, und als Kommune tragen wir eine erhebliche Verantwortung. Wegberg muss vorangehen und aktiv einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das beginnt bei der Energieversorgung und geht bis zu den täglichen Entscheidungen, die wir treffen – sowohl auf der kommunalen als auch auf der individuellen Ebene.

Mit diesem Haushalt sehen wir Möglichkeiten, den Weg zur Klimaneutralität konsequent zu gehen. Wir fordern verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien, energetische Sanierungen öffentlicher Gebäude und die Förderung von E-Mobilität. Auch die Förderung von nachhaltigem Bauen und die Unterstützung von Bürgerinitiativen im Bereich des Klimaschutzes sind für uns von zentraler Bedeutung. Diesen Weg haben unser Nachhaltigkeits- und unser Klimaschutzmanager bereits eingeschlagen. Wir unterstützen beide und setzen auf weitere Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir wollen sicherstellen, dass Wegberg nicht nur als Wohnort, sondern auch als ein Ort der Zukunft wahrgenommen wird – klimafreundlich, nachhaltig und lebenswert für alle Generationen.

Tourismus: Chancen für eine nachhaltige Entwicklung

Tourismus ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern auch ein Schlüssel zur Förderung unserer Region. Wir haben in Wegberg viele Möglichkeiten, den Tourismus als Chance für nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Ein Beispiel für gelungene Förderung in diesem Bereich ist das Leuchtturmprojekt Mühlenweiher. Hier ist investiert worden, um den Bereich als Start- und Endpunkt für Touren zu Fuß und auf dem Rad attraktiver zu gestalten. Die Aufenthaltsqualität ist deutlich gestiegen. Allerdings gilt es zwei Dinge zu beachten: auch solche Projekte müssen im Einklang mit dem Naturschutzgedanken stehen und wir müssen solche Projekte als Mittel nutzen, um unsere natürlichen Ressourcen zu bewahren und gleichzeitig unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Besuchern ein attraktives Angebot zu bieten. Weiterhin müssen wir endlich beginnen ein Konzept für Tourismus zu erarbeiten: ein Projekt hier, eins da, machen zwar etwas her, bringen den Gedanken aber nicht unter einen Hut und in eine konzeptionelle Richtung.

Ein Konzept könnte bedeuten den sanften Tourismus zu fördern, der auf Naturerlebnissen, Regionalität und Nachhaltigkeit basiert. Der Ausbau von Wander- und Radwegen, die Entwicklung und Förderung von ökologisch orientierten Unterkünften sowie die Unterstützung von regionalen Erzeugern und Anbietern sind zentrale Maßnahmen, die Wegberg als nachhaltige und attraktive Tourismusregion positionieren können. Eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren, wie etwa Gastronomie, Kulturinitiativen und dem Naturpark Schwalm Nette, ist dabei unerlässlich. Hier ist unser Bürgermeister mit der Unterstützung zweier Wegberger Restaurantbetriebe als Partner des Naturparks Schwalm-Nette in die richtige Richtung gegangen.

Gleichzeitig möchten wir auch den Verkehr und seine Auswirkungen auf unsere Umwelt nicht außer Acht lassen. Die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wie auch die Schaffung von Fahrradfreundlichkeit für Touristen und Einwohner, wird entscheidend dazu beitragen, Wegberg als umweltfreundliches Ziel für Reisende zu etablieren. Von großer Bedeutung ist dazu die Verlässlichkeit der RB34. Hier muss der Zeittakt besser eingehalten werden. Das kann gelingen, wenn die Bahnstrecke endlich auf den aktuellen Stand der Technik gebracht wird. Wir unterstützen darüber hinaus die langfristige Perspektive die Linie S8 bis Roermond zu verlängern.

Naturschutz: Wegberg als Vorreiter

Die Region rund um Wegberg ist von einer einzigartigen Natur geprägt, die wir schützen und für zukünftige Generationen bewahren wollen. Unsere Landschaft ist ein wertvolles Erbe, das es zu erhalten gilt. Wir müssen die Biodiversität fördern, die natürlichen Lebensräume bewahren und unsere Flächen nicht nur als Erholungsräume, sondern auch als wertvolle Ökosysteme schützen und großflächig vernetzen.

Deshalb fordern wir eine verstärkte Förderung des Naturschutzes. Konkret möchten wir uns für den Ausbau von Naturschutzgebieten einsetzen, aber auch für die Renaturierung von Flüssen und Bächen. Der Schutz unserer Waldflächen gehört zu einer ganzheitlichen Stadtentwicklung. Unser Wald ist als Wald erhaltenswert und nicht als Wirtschaftsfaktor.

Ökologisches Gleichgewicht und nachhaltiges Wirtschaften gehen Hand in Hand. Indem wir gezielt den Naturschutz in die städtische Planung integrieren, schaffen wir nicht nur eine lebenswerte Umwelt, sondern leisten gleichzeitig einen aktiven Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels und zur Förderung von Lebensqualität.

Finanzielle Schwerpunkte und Investitionen

All diese Prioritäten erfordern natürlich auch finanzielle Mittel, und so stellt sich die Frage, wie wir den Haushalt so gestalten, dass die Investitionen in die Zukunft möglich sind, ohne die Stadt Wegberg finanziell zu überlasten. Wir müssen auf effiziente Mittelverwendung achten, uns aber gleichzeitig die Fördermittel und Zuschüsse aus verschiedenen Programmen für den Klimaschutz, den Naturschutz und den Tourismus sichern. Die Zusammenarbeit mit übergeordneten Institutionen und die Nutzung von EU- und Landesmitteln werden entscheidend sein.

Des Weiteren wollen wir die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Nur so können wir sicherstellen, dass die von uns getroffenen Maßnahmen auch breite Zustimmung finden und die Menschen in Wegberg auch in Zukunft aktiv mitgestalten.

Fazit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt der Stadt Wegberg ist nicht nur ein finanzielles Instrument. Er ist ein Plan, wie wir als Kommune gemeinsam in die Zukunft gehen. Wir als Bündnis 90/Die Grünen setzen auf eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung, die den Erhalt unserer Natur mit dem Aufbau eines attraktiven, umweltfreundlichen Tourismus verbindet. Wir wollen Wegberg als grünes, lebenswertes und zukunftsfähiges Zuhause für alle, die hier leben, arbeiten und die Schönheit unserer Region entdecken möchten. Natürlich müssen auch in diesem Haushalt Finanzdisziplin und Verantwortungsbewusstsein die Grundpfeiler sein. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird sorgfältig darauf achten, wie die Mittel eingesetzt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN Wegberg wird diesen Haushalt mittragen.

Unser Dank geht an unseren Kämmerer Herrn Wilkens-Mathar und sein Team für die konstruktive Zusammenarbeit und die Erstellung des Haushaltes.

Zum Schluss möchte ich noch eine Anmerkung machen. Die Grüne Fraktion begrüßt es sehr, wie wir in der Wegberger Politik nach der Bürgermeisterwahl zu einer gemeinsamen Politik gefunden haben. In diesem Jahr ist nun Kommunalwahlkampf. Wir sollten versuchen, auch bei neuer Sitzverteilung im Rat, diesen Stil beizubehalten. So macht es deutlich mehr Freude und ist zielführender als zuvor.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit im Sinne einer grünen Zukunft für Wegberg.

Mit besten Grüßen

Tobias Arndt, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pape,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

stellen wir uns unser Wegberger Gemeinwesen als ein großes Schiff vor, das durch stürmische Gewässer unterwegs ist. Unser Bürgermeister, Herr Christian Pape, steht als Kapitän noch nicht einmal seit einem Jahr auf der Brücke und navigiert uns durch herausfordernde Gewässer. Der Verwaltungsvorstand, der auch in Teilen sehr neu in der Funktion mit dem Kämmerer Wilkens-Mathar und der Beigeordneten Neudek ist, fungiert dabei als Offizierscrew, die mit ihrer Expertise und Erfahrung die entscheidenden Steuerimpulse setzt und den Kurs überwacht. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind die unverzichtbare Crew, die an Deck, im Maschinenraum und in allen anderen Bereichen dieses Schiffes tagtäglich dafür sorgt, dass es überhaupt vorankommt. Sie sind diejenigen, die tagtäglich an den Maschinen, in den Frachträumen und auf der Brücke großen Einsatz zeigen, auch wenn die Wellen hochschlagen.

Und dann sind da wir – die sechs Parteien im Stadtrat: CDU, SPD, Die Grünen, Freie Wähler Wegberg, Vamos und AKTIV für Wegberg. Wir sind die Bootsmannschaft. Gemeinsam haben wir die Verantwortung, das Schiff stabil zu halten, die Segel in die richtige Richtung zu setzen und auf die Kommandos des Kapitäns einzugehen.

Doch derzeit befindet sich unser Schiff in unruhigen Gewässern. Der Sturm, der durch die finanziellen Belastungen der letzten Jahre entstanden ist, hat uns bereits Schlagseite gegeben, aktuell können wir noch an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei navigieren. Aber über 17 Millionen Euro Ermächtigungsübertragungen für 2025 und

ein kurzfristiges Aufstocken von 150.000 Euro bei den Haushaltsmitteln lasten auf uns wie Ballast, der das Schiff gefährlich nach Backbord neigen lässt.

In dieser Situation kommt es darauf an, dass wir als Bootsmannschaft trotz unterschiedlicher Vorstellungen und Strategien an einem Strang ziehen. Jede Partei hat ihre Perspektive, jede Fraktion ihre Vision. Doch in stürmischen Zeiten ist es nicht die Stunde des Individualismus, sondern des Zusammenhalts. Insbesondere muss dann Wahlkampf außen vor bleiben, denn der bringt unser Schiff überhaupt nicht voran.

Die Fraktion „AKTIV für Wegberg“ hat sich entschieden, sich in dieser Haushaltsabstimmung zu enthalten. Es ist keine Entscheidung der Entmutigung, sondern ein Zeichen von Verantwortung. Wir erkennen die Notwendigkeit, das Schiff auf Kurs zu halten, auch wenn wir nicht in allen Punkten überzeugt sind. Diese hohen Ermächtigungsübertragungen von über 17 Mio. EUR für 2025 und die kurzfristige Einstellung von 150.000 EUR in den Haushaltsplan, die definitiv nicht für die angedachte Aufgabe ausreichen werden, unterwandern den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung stark. Wir sehen hier schon deutliche Vorboten des kommunalen Wahlkampfs und Verwendung von ersten „Goodies“ ohne eine solide Beratung in den zuständigen Gremien zum Thema Kläranlagen vorzuschalten und durchzuführen, geschweige denn der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, diesen kurzfristig eingegangenen Antrag vorzubereiten. Der Kapitän hat all dies und noch weitere (teilweise Alt)Lasten zu schultern und zu meistern. Unser Ziel ist es, weiterhin mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass unser Schiff „Stadt Wegberg“ nicht kentert, sondern den sicheren Hafen der finanziellen Unabhängigkeit erreicht.

Wir wissen: Ein Kapitän kann noch so kompetent sein, Offiziere noch so klug entscheiden und die Crew noch so hart arbeiten – ohne eine Bootsmannschaft, die geschlossen zusammenarbeitet, bleibt ein Schiff manövrierunfähig.

Lassen Sie uns gemeinsam Kurs halten, die Schlagseite reduzieren und dafür sorgen, dass das Schiff „Stadt Wegberg“ nicht nur durch diese stürmischen Zeiten kommt, sondern langfristig wieder ruhigere Gewässer erreicht. Damit unser Schiff „Stadt Wegberg“ stabiler und stärker wird. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die darauf vertrauen, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich noch einen besonderen Dank aussprechen. In stürmischen Zeiten wie diesen braucht es nicht nur einen Kapitän, eine Offizierscrew und eine engagierte Mannschaft, sondern auch Menschen, die Zahlen, Daten und Fakten stets im Blick behalten und mit Weitsicht und Umsicht agieren.

Unser Dank gilt daher ausdrücklich unserem neuen Kämmerer, Herrn Wilkens-Mathar, und seinem Vertreter, Herrn Giesche, die sich dieser Herausforderung mit Engagement und klarem Blick gestellt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung, denn die Beiden navigieren uns durch Gewässer voller Unsicherheiten und schwieriger Entscheidungen.

Ebenso möchte ich unserer ehemaligen Kämmerin, Frau Kühlen, danken. Ihre jahrelange exzellente Arbeit hat die Grundlage gelegt, auf denen wir heute aufbauen können. Sie haben das Schiff auch in früheren Stürmen stabil gehalten und uns geholfen, den Kurs nicht zu verlieren.

Frau Kühlen, Herr Wilkens-Mathar und Herr Giesche haben in ihren jeweiligen Rollen als Kämmerin, Kämmerer und Stellvertreter gezeigt, wie wichtig Kompetenzen, Engagement, Verantwortungsbewusstsein für den Erfolg unserer Stadt sind.

Ein herzliches Dankeschön für diese geleistete Arbeit!

Zum Schluss appellieren wir nachdrücklich als AKTIV für Wegberg mit Blick auf die anstehenden Wahlen:

Wir dürfen unseren gemeinsam eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung nicht aus den Augen verlieren! Dann schaffen wir das!

Vielen Dank.

Nicole von den Driesch

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2025 - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung.

die Fraktion der Freien Wähler Wegberg bedankt sich für die Erstellung des
Haushaltsplans 2025.

Hier geht der Dank vor allem an den neuen Kämmerer Herrn Wilkens- Matar, seinem
Team mit Herrn Giesche und allen anderen, die hier mitgearbeitet haben.

Erlauben Sie mir ein kurzes Resumee 2024.

Herausragend war die Wahl von Christian Pape mit einem mehr als eindeutigen Votum.

Ja, wir haben mit dem parteilosen, aber nicht unpolitischen Kandidaten den richtigen
Kandidaten unterstützt. Sowohl CDU, aber auch AfW sollten ein wenig Demut walten
lassen. Sie haben auf den falschen Kandidaten gesetzt.

Ich zitiere aus dem Bürgermeisterwahlkampf : Es wird ein Newcomer wie Christian Pape
als Bürgermeisterkandidat vollumfänglich unterstützt. Es reichen als Nachweis seine
selbsterklärte Kompetenz, persönliche Vorstellung, Zusagen und Erklärungen. Uns ist das
zu wenig!“

Christian Pape hat alle Skeptiker eines Besseren belehrt, ein Spitzenwahlergebnis, ein Bürgermeister, der sich voll einsetzt und der seine Kollegen im Umkreis schon längst überholt hat.

Er hat begonnen, die Verwaltung umzustrukturieren mit seinem Elan und den Ideen im Rücken, die sich mit dem Programm der Freien Wähler nahezu decken.

Es bleibt leider ein Wermutstropfen.

Das Erbe von Stock und Pillich ist nicht in einem Jahr aufzuarbeiten und es bleibt festzustellen, dass die finanzielle Misere nicht mehr schöngeredet werden kann und darf.

Ich möchte an Michael Stock erinnern, der den Schuldenabbau seinerzeit als Erfolg gewertet hatte. Leider war ihm entgangen, dass viele Investitionen nicht umgesetzt wurden und somit die vorhandenen geplanten Kredite nicht benötigt wurden.

Neben den strukturellen Defiziten, d.h. stark alternde Bevölkerung, zu wenig Gewerbe und dem Ruf als Schlafstadt kommen weitere belastende Faktoren dazu.

Als Beispiel dient die Ausweitung des Wohngeldes und somit auf eine Vergrößerung der Anzahl Berechtigten. Die Stellenmehrung um 2 Stellen und die damit verbundenen Kosten sind von der Stadt Wegberg zu tragen.

In Zukunft muss jede Stelle genau hinterfragt werden. Von einem Personalleiter erwarten wir, dass die Tätigkeiten generell genau analysiert werden. Dies ist hier wohl nicht passiert. Dies werden wir in Zukunft so nicht mehr akzeptieren. Es geht um das Vermeiden des HSK und da ist jeder gefragt. Jeder Euro zählt!

Viele externe Belastungen nehmen einen immer größeren Raum ein. Ein großer Posten sind die Transferaufwendungen.

Die Kreisumlage kennt nur eine Richtung – steil nach oben.

Sicher muss der Kreis Heinsberg ordentlich ausgestattet werden für die Aufgaben, die er zu erfüllen hat.

Aber gerade dort werden immer mehr Stellen geschaffen, ob diese immer notwendig sind, wer weiss !

Eine Kontrolle findet dort nur bedingt statt. Der Landrat Stephan Pusch mit der CDU Mehrheitsfraktion verwehren sich seit Jahren gegen einen Personalausschuss. Aber gerade bei den Personalausgaben könnte man sicher bei genauer Analyse Sparpotential entdecken.

Das Einvernehmen beim Kreishaushalt sollte in Zukunft an vorweisbaren Einsparungen gemessen werden. Aktuell setzt der Kreis seine Ausgleichsrücklage ein, um die Kommunen zu entlasten. Dies ist nicht nachhaltig, sondern ein Wahlkampfgeschenk, um Defizite zur Kommunalwahl 2025 zu kaschieren. Ab 2026 kommen dann die entsprechenden Mehraufwendungen mit großen Belastungen auch für Wegberg.

Die Kreistagsabgeordneten der CDU aus Wegberg als Entscheidungsträger sind ebenfalls in die Pflicht zu nehmen!

Zurück zum Haushaltsplanentwurf 2025 -

Dieser beinhaltet aber auch nicht unerhebliche Komponenten, die wir steuern können und sollten.

An erster Stelle stehen die Personalaufwendungen.

Wir sollten alle erkennen, dass Stellenmehrungen in Zukunft nicht mehr finanzierbar sind.

Durch Umstrukturierungen müssen Kapazitäten und Mittel frei werden.

Ein Vorschlag unsererseits ist der mittelfristige Verzicht auf stellvertretende Amtsleiter und das Zahlen einer Zulage nur bei tatsächlicher Übernahme entsprechender Tätigkeiten.

Die freiwerdenden Mittel sollen weiter als variable Zulage bei besonderen Leistungsträgern genutzt werden.

Die Verwaltung muss leistungsorientierter werden. Ich weiss, das gefällt nicht jedem, aber das Ergebnis wird sein, mehr Effizienz. Leistung muss belohnt werden und die Bürger werden feststellen, im Rathaus geht es voran.

Kommen wir zu dem leidigen Thema Investitionen und Ermächtigungsübertragungen.

Wir haben großes Vertrauen in Bürgermeister und Beigeordnete, dass die Trendwende eingeleitet wurde.

Es muss realistischer geplant werden mit den vorhandenen Kapazitäten. Wir werden Sie daran messen. Das ist versprochen!

Schauen wir uns die Planung 2025 und für die folgende Jahre an.

Ein HSK wird für 2025 vermieden unter Ausschöpfen aller Bilanzierungshilfen und anderer Mittel, die das Land zur Verfügung stellt. Durch das Abschmelzen der allgemeinen Rücklage wird es aber in Zukunft kaum noch möglich, die 5% zu unterschreiten. Das Eigenkapital reduziert sich immer mehr, die Spirale wird sich immer schneller drehen.

Wir benötigen einen Wandel mit mehr Bebauung und mit mehr Grundsteuerzahlern, leistungsstarkem Gewerbe mit stabilen Gewerbesteuererträgen und sparsames Verwenden der knappen finanziellen Ressourcen.

Ein mögliches Mittel könnte das Outsourcen von Aufgaben an die SEWG sein. Hier könnte das Verlagern von Bauleistungen erfolgen.

Der Bauhof könnte privatisiert werden. Mit Krankenquoten nahe der 20% können die Aufgaben nicht erfüllt werden. Die Kernaufgaben müssen neu definiert werden. Weder das Asphaltieren von Strassen, noch ein Projekt wie die Neugestaltung rund um den Weiher im Stadtpark kann Kernaufgabe sein. Hier werden Kapazitäten gebunden, die an anderer Stelle fehlen und nur zu berechtigten Beschwerden bei den Bürgern führen.

Wir müssen neue Wege gehen!

Alles muss auf den Prüfstand, Alternativen genau abgewägt werden und die beste Lösung für Wegberg gewählt und vor allem umgesetzt werden.

Christian Pape arbeitet im Sinne der Freien Wähler. Sein Wegberg- Plan passt in vielen Details zu unserer Auffassung von der Zukunft unserer Stadt.

Unsere programmatische Ausrichtung ist nahezu deckungsgleich.

Wir geben ihm und seinem Team gerne die Möglichkeit, den Dornröschenschlaf zu beenden und unser Stärken zu nutzen.

Wir sind überzeugt, dass viele richtige Weichen gestellt werden.

Fraktion Freie Wähler Wegberg
Siemensweg 19
41844 Wegberg



Fraktion Freie Wähler Wegberg
im Rat der Stadt Wegberg

Es wird sicher nicht immer einfach. Die nächste Hürde wird kommen. Ich erinnere an die Grundsteuererhöhung. Die versendeten Bescheide werden in Kürze bei manchem zu Unmut führen.

Aber nur gemeinsam werden wir auch die anstehenden Aufgaben meistern.

Die Freien Wähler Wegberg wollen sich weiter konstruktiv einbringen.

Wir stimmen dem Haushaltsplan zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 20.01.2025

Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -

Haushalt der Stadt Wegberg 2025

Sehr geehrter Herr Pape,
sehr geehrter Herr Wilkens-Mathar,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2025 schließt mit einem Defizit von ca. 9,1 Mio. Euro ab, und die Planziele der folgenden Jahre weisen keine grundlegenden Verbesserungen aus. Dies ist für die Stadt Wegberg keine neue Situation. Wenn man aber die Haushaltsberatungen der umliegenden Städte beobachtet zeigt sich, dass auch diese Städte mit rapide verschlechternden Finanzen kämpfen, und ihre Haushalte mit Verlusten abschließen.

Worin liegen die Ursachen für die strukturellen Schwächen in den städtischen Haushalten? Da sind zunächst das Land und der Bund zu nennen. Die Finanzierung der Wohltaten und Aufgaben, über deren Sinnhaftigkeit man zuweilen streiten kann, werden immer stärker den Kommunen aufgebürdet. Man lässt sich für die Maßnahmen im Land und Bund feiern, die Aufwendungen tragen größtenteils die Kommunen.

Hier zur Verdeutlichung einige Beispiele:

Offene Ganztagschule: Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen ist die offene Ganztagschule erforderlich. Hierfür sind die Grundschulen jedoch nicht ausgelegt. Umfangreiche Umbau- und Neubaumaßnahmen sind erforderlich. Allein Wegberg muss in den nächsten Jahren rund 9,4 Mio. Euro aufwenden. Hierbei sind die Kosten für die Grundschule Wegberg nicht eingerechnet. Diese Ausgaben werden unseren Haushalt mittelfristig, und bei Investitionen auch langfristig, belasten. Der Stadt Wegberg wurde ein Zuschuss von rd. 900 TEUR in Aussicht gestellt. Aber dieser Betrag ist völlig unzureichend. Weitere, ausreichende Zuschüsse scheinen im Hinblick auf die sich verschlechternden Steuereinnahmen fraglich.

Wohngeld-Plus-Gesetz: Die Umsetzung dieses Gesetz erfordert im städtischen Haushalt einen Mehrbedarf bis zu 2 Stellen. Auch dieser erhebliche Mehraufwand ist von den Kommunen zu tragen.

Familiengrundschulzentrum: Diese Aufgabe wurde durch den Kreis initiiert. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme hat sich mir trotz dreier, verschiedener Erklärungen nicht erschlossen. Das Land gewährt hierzu einen erheblichen Zuschuss, den Restbetrag zahlt der Kreis. Dieser Teilbetrag wird aber über die Kreisumlagen bei den Kommunen refinanziert. Und eine dauerhafte Landesbeteiligung ist fraglich.

Die Zahlungen an den Kreis Heinsberg steigen 2025 um ca. 3,4 Mio. Euro. Und die Zukunft sieht nicht besser aus. Zur Finanzierung hat der Kreis, wie auch in den letzten Jahren, seine Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen. Dies wird aber nicht immer möglich sein.

Diesen Belastungen muss die Stadt Wegberg im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenwirken. Sie völlig auffangen wird sie nicht können. Der vorliegende Haushalt 2025 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es ist zu hoffen, dass die begonnene Kehrtwende in den folgenden Jahren fortgeführt wird.

Jahrelang hat die FDP Fraktion den Bürgermeister aufgefordert, bei den Investitionen Augenmaß und Machbarkeit zu beachten. Unsere Forderungen wurden konsequent ignoriert. Jedes Jahr wurde uns ein aufgeblähtes, nicht realisierbares Investitionsvolumen präsentiert. Jedes Jahr mussten Ermächtigungsübertragungen in Millionenhöhe beschlossen werden, weil geplante Aufgaben nicht im vorgesehenen Haushaltsjahr abgearbeitet werden konnten. Auch heute liegt uns wieder eine Ermächtigungsübertragung in Höhe von rd. 17,6 Mio. Euro auf dem Tisch. Wir tragen diese mit, in der Hoffnung, dass der jetzt eingeschlagene Weg beibehalten und noch deutlich verstärkt wird. Denn nur mit einer sinnvollen, belastbaren Planung können diese jährlichen Überhänge abgebaut bzw. vermindert werden.

Was gibt Anlass zu dieser Hoffnung? Bei der Investitionsplanung 2025 wurde verstärkt Wert darauf gelegt, die ersten Voraussetzungen des § 13 KommHVO zu erfüllen. Im laufenden Jahr wird die Finanzwirtschaft die Fachbereiche bei der Umsetzung dieser Anforderungen für die 10 größten Investitionsmaßnahmen des Haushaltes 2026 beraten und aktiv begleiten. Auf Basis dieser Erfahrungen wird dann die Strategie entwickelt, die Umsetzung weiter auszubauen. Um diesen richtigen, notwendigen Schritt zu unterstützen, fordert die FDP Fraktion die Anpassung der Wertgrenze in § 8 der Haushaltssatzung. Der bisherige Wert von 25.000,00 € hindert eine sinnvolle Planung.

Angesichts der angespannten Haushaltslage sieht die Verwaltung den Schwerpunkt bei den Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Dies ist auch der einzig gangbare Weg. Sicherlich ist es erforderlich die Infrastruktur einer Kommune auszubauen, aber Priorität muss der Erhalt und die Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur haben. Diese Priorisierung muss nicht nur die Verwaltung verinnerlichen. Nein, auch wir Ratsvertreter müssen endlich anerkennen, dass viele Maßnahmen sehr wünschenswert, aber für uns nicht finanz- und umsetzbar sind. Dies auch gegenüber den Bürgern und Interessenvertretungen zu vertreten und zu erläutern erfordert, auch in einem Wahljahr viel Mut. Bringen wir ihn gemeinsam auf.

Die FDP hat zur Kenntnis genommen, dass auch im konsumtiven Bereich die Anmeldungen sich an den Vorjahresleistungen orientieren und somit realistischer sind. So wurde der Aufwand für Straßen und Wirtschaftswege auf 650 TEUR gekürzt. Der Ansatz ist nach Aussage der Verwaltung im Hinblick auf die Aufwendungen 2023 und 2024 realistisch. Sicherlich müssen zukünftig hohe Instandhaltungen erbracht werden, aber ein Ansatz im Haushalt macht nur Sinn, wenn die geplanten Mittel auch tatsächlich in Anspruch genommen werden. Dies sicherzustellen ist für das technische Dezernat eine der großen Aufgaben im kommenden Jahr.

Rationalisierungsinvestitionen tragen dazu bei, die jährlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt zu reduzieren oder zumindest stabil zu halten. So erachten wir die Beteiligung an der Poolgesellschaft Klärschlammverwertung für den richtigen Schritt. In

2025 binden wir hierfür zwar ca. 1,7 Mio. Euro, jedoch mit der Aussicht in Zukunft kalkulierbare Kosten für die Klärschlammentsorgung zu bekommen, und nicht den Preissprüngen des stark eingeschränkten Marktes zu unterliegen.

Dieser Versuch die Klärschlammkosten in den Griff zu bekommen aber auch die geplante Photovoltaikanlage neben der Kläranlage sind Möglichkeiten die Abwasserkosten zu senken oder zumindest stabil zu halten. Hierdurch kann der zukünftige Gebührenanstieg reduziert werden. Und das ist leider die bittere Wahrheit. Wir werden in naher Zukunft keine Gebührenreduzierung erreichen. Wir werden den Anstieg lediglich abfedern können, wenn wir machbare Kostenreduzierungen ermitteln und umsetzen. Das Kanalnetz und die Kläranlagen verursachen aufgrund ihres Alters verstärkt Reparaturaufwand. So sind für 2025 für die Kanalsanierung 360 TEUR mehr veranschlagt. Diese Mehrkosten und die zukünftigen Abschreibungen auf die Investitionen 2025 in Höhe von 3,2 Mio. Euro werden die Abwasserkosten erhöhen und haben Einfluss auf die Abwassergebühren.

Eine weitere Belastung der Bürger, die zurzeit landauf, landab diskutiert wird, und durch die Versendung der Bescheide über Grundbesitzabgaben greifbar wird, ist die Grundsteuer. In der Diskussion wird beizeiten, auch in Wegberg, behauptet, die Stadtverwaltung würde die Reform für eine Steuererhöhung durch die Hintertür nutzen. Dem ist nicht so. Die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer musste aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts neu berechnet werden. Die Methoden haben der Bund und die Länder festgelegt. Die Kommunen hatten hier keinen Einfluss. Die Reform sollte aufkommensneutral sein, das heißt, die städtischen Einnahmen sollten nicht kleiner werden. Die für 2025 eingeplante Grundsteuer beträgt ca. 5,86 Mio. €. Dies ist gegenüber 2024 eine Steigerung von 2,85 % oder 162 TEUR, wobei man hiervon die Grundsteuern abziehen muss, die für Neubauten in 2025 erstmals zu entrichten ist. Eine Einnahmensteigerung von 162 TEUR ist bei einem Ausgangswert von 5,7 Mio. vertretbar. Nun zeigt sich, dass die Reform Verlierer und Gewinner hervorbringt. Ein Teil der Eigentümer zahlt demnächst weniger Grundsteuer, der andere Teil muss mehr zahlen. Dies aber nur, weil die Grundstücke durch die Finanzverwaltung neu festgesetzt wurden.

Der Gewerbesteuerhebesatz wird um 22 Prozentpunkte erhöht. Diese moderate Steigerung ist unseres Erachtens vertretbar, da für die Gewerbesteuergüter aufgrund der Reform weniger Grundsteuer zu zahlen ist. Die Mehrbelastung durch die erhöhte Gewerbesteuer wird durch die Grundsteuerentlastung abgedeckt.

Kritisch sieht meine Fraktion die geplanten Grundstücksankäufe bzw. bitten wir die Verwaltung sehr sorgfältig und nur nach genauer, ehrlicher Prüfung Ankäufe abzuschließen. Die vorgesehenen Flächen sollen dem Ausweis neuer Bauflächen und der Arrondierung von Ortslagen dienen. Entsprechende Ratsbeschlüsse wurden gefasst, teilweise als Vorratsbeschlüsse um vereinfachte Bauleitverfahren nutzen zu können. Aufgabe der Verwaltung ist unseres Erachtens nunmehr zu prüfen ob und wo aufgrund der angespannten Personaldecke im Fachbereich Planung Baugebiete entwickelbar sind. Ankäufe in der Erwartung einer zukünftigen Entwicklung, die nicht für die nahe Zukunft gesichert ist, sollten unterbleiben. Denn wir wissen nicht, ob in 10 Jahren noch der Wille und der Bedarf für diese Planungen besteht. Der teure Ankauf der Flächen für die Grünabfuhr, den die FDP als einzige Fraktion abgelehnt hatte, sollte uns ein warnendes Beispiel sein. Aufgrund einer nicht durchdachten, von unerfüllbaren Wünschen getragenen Planung wurde das Grundstück erworben. Neben dem Kaufpreis, den erheblichen, vergeblichen Planungskosten muss die Verwaltung nunmehr auch noch Arbeitskraft in die Suche nach einer einigermaßen sinnvollen Nutzung dieses

Grundstück binden. Wir sollten aus Fehlern lernen und versuchen sie zukünftig zu vermeiden.

Sorgen bereitet uns auch die Entwicklung der Personalkosten. Neben den zusätzlichen Stellen, die aufgrund überörtlicher Aufgabenzuweisung erforderlich werden, ich bin darauf zu Beginn meiner Rede eingegangen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass das Personal nicht unnötig mit Sonderaufgaben belastet wird. So sollen nach unserem Willen die Bauhofmitarbeiter für ihre originären Aufgaben eingesetzt werden. Der städtische Bauhof ist keine Baufirma. Wenn wir ihn für die Erstellung von Außenanlagen, die Sanierung des Stadtweihers oder maroder Brücken einsetzen fehlt uns in anderen, dem Bürger wichtigen Bereichen, das Personal. Aber auch in kleinen Themen können wir als Rat den städtischen Mitarbeitern den Rücken freihalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen machen sie sich in einer stillen Stunde mal die Mühe und schauen sich die Listen der offenen Anträge in den einzelnen Fachausschüssen an. Prüfen sie, ob und wie die einzelnen Themen unsere Stadt voranbringen, und ob sich der Bearbeitungsaufwand im Verhältnis zum Ertrag lohnt. Denn jeder Antrag muss bearbeitet werden. Es wird gezählt, gemessen, errechnet. Bei Fachbehörden und Interessengruppen werden Erkundigungen eingeholt. Kurz gesagt es werden Arbeitsstunden gebunden. Und dies ist besonders ärgerlich, wenn herauskommt, dass bei uns kein Bedarf besteht, die Umsetzung nicht möglich ist, oder der Bürger kein Interesse sieht.

Herr Pape, der erste ihrer Verantwortung unterliegende Haushaltsentwurf birgt Risiken und basiert auf Daten, die in der geplanten und erwünschten Höhe auch entstehen müssen. Wir erkennen an, dass sie auch im Bereich der Haushaltsführung frischen Wind zugelassen und gefordert haben. Dies hat meine Fraktion in den letzten Jahren immer vermisst. Wir stimmen diesem Haushalt zu und erwarten, dass sie den eingeschlagenen Weg zu einem soliden, aussagekräftigen Zahlenwerk auch in den nächsten Jahren weitergehen.

Die FDP Fraktion bedankt sich bei Herrn Wilkens Mathar und dem gesamten Fachbereich Finanzen für die geleistete Arbeit und wünschen ein ihnen gutes Gelingen bei der Umsetzung des Haushaltes. Unser Dank gilt auch der bisherigen Kämmerin, die an den Vorarbeiten zu diesem Haushalt beteiligt war. Wir bedanken uns bei ihnen, Frau Kühlen, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Gemeinsam haben wir, sie und die FDP Fraktion, beim Bürgermeister immer wieder eine verlässliche, solide Haushaltsplanung eingefordert, leider vergebens. Wir hoffen, dass die Zeit der einsamen Rufer im Wald nun vorbei ist.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Heinz Nießen

Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

es ist noch kein Jahr her, da ist Christian Pape infolge eines fulminanten Wahlsieges in sein neues Amt eingeführt worden. Unsere Wahlempfehlung für den Kandidaten Pape habe ich damals folgendermaßen begründet: „Wir wollen weg von der prinzipiellen Geht-Nicht-Mentalität im Wegberger Rathaus. Wir wünschen uns einen neuen Stil, mehr Mut, mehr Kreativität, mehr Dialog, mehr Führung.“ Und nach gut einem Jahr darf ich konstatieren: Wir haben bekommen, was wir bestellt haben! Wenn man mit Wegbergerinnen und Wegbergern – übrigens unabhängig von Alter und Wohnort – über die hiesige Kommunalpolitik ins Gespräch kommt, so fällt ein Begriff immer wieder: Aufbruch! Das ist es, was viele verspüren. Und wenn auch nicht immer alles gelingt, auch nicht alles erreicht werden kann, weil einem Bürgermeister in seinem Handlungsspielraum Grenzen gesetzt sind, begeistert deine Art der Amtsführung, lieber Christian, und sie spornt an, mitzuwirken, mitzugestalten, sich und die eigenen Ideen einzubringen, wie es etwa die Bürgerinitiative um Tobias vom Dorp erfolgreich getan hat. Ein frischer Wind weht durch unsere Stadt – und er lässt auch den Rat nicht unberührt, der im vergangenen Jahr fast schon erschreckend harmonisch, in weiten Teilen sehr konstruktiv zusammengearbeitet und vom alten Scheuklappendenken weitgehend Abstand genommen hat.

Veränderung gab es auch in der Verwaltung, nicht zuletzt, was die Personalien anbelangt. Eine, die uns in den vergangenen Jahren in Haushalts- und Finanzfragen verlässliche Ansprechpartnerin war, sitzt heute nicht mehr auf der Bank des Verwaltungsvorstandes: Sonja Kühlen wechselte im Zuge der umfangreichen hausinternen Umstrukturierung ins Rechnungsprüfungsamt. Ihr gebührt unser ausdrücklicher Dank für die geleistete Arbeit als Kämmerin, und wir hoffen und wünschen ihr, dass vernünftige Bedingungen geschaffen werden, damit sie ihr Know-How auch im neuen Amt zur Entfaltung bringen kann. Neuer Kämmerer ist Richard Wilkens-Mathar: Ihm herzlichen Dank für die seriöse Aufstellung des Haushaltsplans, erfreulicherweise zu einem frühen Zeitpunkt im Jahr, sodass die Gelder zügig in Anspruch genommen werden können.

Haushaltsberatungen empfinden wir – dieser Eindruck hat sich in den nunmehr fünf Jahren unserer kommunalpolitischen Tätigkeit manifestiert – als außerordentlich mühsam: Bund, Land und auch der Kreis wälzen Belastungen auf die Städte und Gemeinden ab, die aber in viel zu geringem Ausmaß Unterstützung zur Verfügung gestellt bekommen. Das viel beschworene Konnexitätsprinzip greift in der Praxis nicht; die Steuerungsinstrumente, über die ein Stadtrat verfügen kann, sind überdies gering. Hinzu kommt seit Jahren: Wir jubeln, wenn das Jahresergebnis weniger negativ ausfällt als prognostiziert, obwohl wir wissen, dass dies auch auf Kosten eines zunehmenden Investitions- und Instandhaltungsstaus, eines Werteverzehrs geschieht. Beherzt bekämpfen können wir diesen Stau mangels ausreichender Mittel aber auch nur in sehr begrenztem Umfang. Diese Gesamtsituation haben wir immer als außerordentlich unbefriedigend empfunden.

Dennoch: Wir müssen mit ihr umgehen – und die Stadt Wegberg scheint gewillt, das zu tun, wie aus dem Haushaltsplan 2025 hervorgeht. Für uns wesentliche Eckpunkte finden Berücksichtigung:

- Erstens: Wir erkennen an, dass Investitionen in unsere Infrastruktur erforderlich sind und zur Generationengerechtigkeit beitragen, selbst wenn dies dem Ziel einer weiteren Entschuldung entgegensteht: Niemand hat etwas davon, wenn wir künftigen Generationen eine marode Stadt hinterlassen! Mit der Sanierung der Bahnhofstraße – parallel zu den Kanalsanierungsarbeiten – wird ein ganz zentrales Projekt schon bald in Angriff genommen. Zu hoffen bleibt, dass ganzheitlich geplant wird, dass also auch auf Belange von Radfahrern und Belange der Barrierefreiheit Rücksicht genommen wird.

- Zweitens: Wir wissen dennoch darum, dass wir mit den vorhandenen Mitteln nicht alles in der Geschwindigkeit und der Intensität umsetzen können, wie wir eigentlich müssten, und setzen deshalb Prioritäten: Zwar schockiert noch die Höhe der Ermächtigungsübertragungen, aber erstmals hat sich ein Bürgermeister diesbezüglich erklärt, die Investitionsliste spürbar kürzen lassen und das Versprechen abgegeben, nach einem Jahr der gezielten Beobachtung weiter auf ein realistisches Maß anzugleichen! Verwaltungintern scheint das lang ersehnte Umdenken endlich stattgefunden zu haben.
- Drittens: Wir sind weiterhin darauf bedacht, trotz unserer Anstrengungen die Grenzen zur pflichtigen Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht zu überschreiten, damit wir vor Ort autonom in unseren Entscheidungen bleiben.
- Viertens: Wir sind gewillt, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, aber nicht mehr um jeden Preis – und vor allem nicht, ohne die Förderrichtlinien ausreichend zu studieren und kritisch mit Blick auf die Frage zu prüfen, ob durch erforderlich werdende Eigenleistungen eine in keinem Verhältnis zum Nutzen stehende Belastung für den städtischen Haushalt entsteht. Ungern denken wir an die Ausmaße zurück, die die Neugestaltung des Mühlenweiher trotz hoher Eigenleistung einst nehmen sollte, und mit welcher fadenscheinigen und leichtsinnigen Argumenten Vertreter aus Rat und Verwaltung dafür geworben haben.
- Fünftens: Wir nähern uns einem adäquaten Controlling. Es ist bedauerlich, dass die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW für die Haushaltsplanung 2025 noch nicht vollständig implementiert werden konnten; erfreulich aber ist, dass die Finanzwirtschaft sich erkennbar bemüht zeigt, eine Strategie zur Umsetzung dieser Anforderungen zu entwerfen und auszubauen. Wir sollten dem neuen Personal die Chance und die Zeit geben, hier etwas auf die Beine zu stellen.

Unterm Strich stimmen wir dem Haushaltsplan also zu, wollen aber – vor dem Hintergrund, dass wir nach Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr Teil dieses Rates sein werden und diese Haushaltsrede aller Voraussicht nach unsere letzte sein wird – auf einige ausgewählte Politikfelder noch einmal explizit Bezug nehmen:

Zunächst zum Klimaschutz, der im Vorbericht zum Haushaltsplan bedauerlicherweise kein einziges Mal Erwähnung findet: Er darf nicht aus dem Blickfeld der politischen Entscheidungsträger geraten! Allen muss klar sein, dass nur weil die Thematik medial nicht mehr so präsent ist wie noch vor einigen Jahren, nicht die Gefahren gebannt sind, die mit der Erderwärmung einhergehen – und dass wir auch auf kommunaler Ebene, sofern wir das uns zugetragene Mandat verantwortungsvoll wahrnehmen wollen, nicht umherkommen, unseren Beitrag zu leisten. Vom Klimaschutzmanager, für dessen Einsatz wir uns zum Zwecke der Steuerung und Initiierung wegweisender Maßnahmen zur Umsetzung des Neutralitätsziels von Beginn an, zwischenzeitlich gegen Widerstand stark gemacht haben, erwarten wir zeitnah Impulse. Mehr Mut hätten wir uns gewünscht mit Blick auf eine Reform des Forstwirtschaftsplans – wir akzeptieren das Abstimmungsergebnis, akzeptieren aber nicht, wenn für einen kommunalen Wald engagierte Bürgerinnen und Bürger als unliebsame Querulanten diskreditiert werden.

Weiter zu jungen Menschen und jungen Familien, deren Interessensvertretung uns gerade bei der Debatte um die Ausgestaltung der zahlreichen Neubaugebiete stets ein Anliegen war. Darauf, dass junge Menschen, junge Familien hier bleiben und neu zu uns ziehen, ist unsere Heimatstadt angewiesen, schon deshalb, weil nur so unser Schulsystem, in das wir wegen der Pflicht zum Ganzttag gerade kräftig investieren, und unser vielfältiges Dorf-, Kultur- und Vereinsleben aufrechterhalten werden können. Ihre Interessen, gerade mit Blick auf guten und bezahlbaren Wohnraum, dürfen wir nicht vernachlässigen: Vielleicht kann unser gemeinsam mit der SPD gestellter Antrag zur nachhaltigen Wohnungs- und Bodenpolitik hier bald endlich Wege aufzeigen.

Bei weiteren Themen sollte der Rat unbedingt am Ball bleiben: Verwiesen sei exemplarisch auf drei Projekte, die wir für aktuell und für wichtig halten, nämlich ...

- ... erstens auf die nachhaltige Etablierung eines Jugendparlaments, das sich ja nun endlich konstituieren soll, nachdem das auf unseren Antrag hin wiederbelebte KidS-Projekt von Georg Schmitz erfolgreich durchgeführt wurde und auf viele offene Ohren stieß.
- ... zweitens auf die Einführung einer Ehrenamtskarte, die wir zur Würdigung des ehrenamtlichen Engagements weiterhin für angemessener und produktiver halten als eine nette Rede, zwei Bier und eine Bratwurst, zumal deshalb, weil wir uns freiwillige Leistungen in großem Umfang nicht leisten können und auf das Engagement der Ehrenamtler in immer stärkerem Maße angewiesen sind. An die Grünpflege-Debatte im PuP sei erinnert.
- ... drittens auf die Problematik der hohen Abwassergebühren, der sich endlich professionell zugewandt werden muss: Hierzu haben die CDU und die Freien Wähler mit ihrem gemeinsamen Antrag einen Grundstein gelegt; die Technische Beigeordnete und der Bürgermeister haben zugesichert, alle Möglichkeiten zu prüfen und der Umsetzung Priorität einzuräumen. Gut, wenn endlich langfristig gedacht wird!

Erlauben Sie mir zuletzt einige persönliche Worte, die ich zum Abschied adressieren will, bevor für die übrigen Fraktionen allmählich der Wahlkampf beginnt: Nachtreten, so haben es andere gehalten, halte ich für schlechten Stil. Stattdessen will ich mich – im Namen der gesamten Fraktion – bei allen Mitgliedern der Verwaltung, bei allen Kolleginnen und Kollegen des Rates für die intensive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Die Zeit war turbulent, nicht zuletzt, weil wir uns zunächst in vielen Stunden mit den auf der Agenda stehenden Inhalten, mit den manchmal verkrusteten Strukturen und mit alteingesessenen Abläufen vertraut machen mussten und weil die eigene Partei uns relativ schnell den Rücken zugekehrt hat. Die Zeit war aber auch aufregend und es hat uns mit Freude erfüllt, in Wegberg im Kleinen etwas bewegen zu können, Diskussionen anzustoßen und bestimmte politische Wegmarken setzen zu können. Mir persönlich bleiben vor allem die Abende im Haus Beeck in positiver Erinnerung: Spätestens dort lernte ich etwas, was für mich zu Beginn dieser Legislaturperiode gar nicht vorstellbar war, nämlich, dass auch außerhalb der eigenen politischen Blase, selbst in der FDP, kluge, humorvolle Menschen mit guten Absichten agieren, mit interessanten Ideen, die es sich anzuhören und über die es sich zu debattieren lohnt, und dass es fast immer gewinnbringender ist, das Verbindende, den Kompromiss als die Konfrontation zu suchen. Das Parteiliche sollte im Kommunalen eine untergeordnete Rolle spielen, das Wohl der Stadt und der in ihr lebenden Bürger sollte im Vordergrund stehen – und wenn man bei all den bestehenden Hürden, mit denen wir in der Kommunalpolitik zu kämpfen haben, überhaupt etwas erreichen will, dann geht das nicht alleine, dann geht das nur gemeinsam.

Besten Dank!

Tobias Becker
(Fraktionsvorsitzender)

Es gilt das gesprochene Wort.